

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	67 (1988)
Heft:	4
Artikel:	Eine "ruhige Kugel" schieben ist nicht alles : neu zu entdecken : die Mitbestimmung
Autor:	Goldberger, Liliane
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340606

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neu zu entdecken: Die Mitbestimmung

Von Liliane Goldberger

Während einer DDR-Reise vor einiger Zeit wurde mir das hohe Mass von Sicherheit bewusst, das jene Gesellschaft ihren einzelnen Mitgliedern bietet. Der unbestreitbare Mangel an Freiheit wird «entschädigt» durch eine Gewissheit, im sozialen Netz aufgehoben zu sein, die den Menschen deutlich anzumerken ist. Dass ein Arbeitsplatz, eine Wohnung, bei Bedarf ein Krippenplatz für die Kinder, die Versorgung im Alter usw. als selbstverständlicher Anspruch gewiss sind, bietet nicht nur materielle Sicherheit. Wichtig ist auch eine gewisse Berechenbarkeit der Zukunft, die den DDR-Bürgern eine Gelassenheit gibt und einen Freiraum für das *private* Leben verschafft, der wesentlich grösser ist, als wir es uns hierzulande vorstellen. Und weil hier wie dort für die grosse Mehrheit der Bevölkerung dieses private Leben stark im Vordergrund steht und die Wahrnehmung politischer Freiheiten und Rechte ohnehin kaum ein Bedürfnis ist, ging mir damals durch den Kopf, dass sich viele Schweizerinnen und Schweizer in einer solchen Gesellschaftsform – entgegen ihrer ideologisch begründeten Erwartung – wahrscheinlich ganz wohl fühlen würde...

Das gilt zumindest für einen von traditionell schweizerischer Lebens- und Arbeitshaltung geprägten Bevölkerungsteil. Wir Schweizer – bekanntlich das bestversicherte Volk der Welt – sind keine Abenteurer. Der Beamtenstatus ent-

spricht der Mentalität eines grossen Teils von uns eher als der des Unternehmers: Lieber ein Einkommen, das langsam, aber stetig steigt und im Alter gesichert ist, als grosse Gewinnchancen, verbunden mit gewissen Risiken.

Allerdings: Klingt mir von der älteren Generation aus der Zeit vor dem Obligatorium der 2. Säule noch der Rat im Ohr, wenn immer möglich eine Stelle mit Pensionsberechtigung zu wählen – als typisches Beispiel dieses Sicherheitsdenkens –, so scheint sich in den letzten Jahren bei den Jüngeren ein Wandel abzuzeichnen. Durch die Bedeutungszunahme von Werten wie Selbstbewusstsein, Selbstverwirklichung, Autonomie usw. in der Folge der 68er-Bewegung, vor allem aber auch durch die «Tertiarisierung» der Wirtschaft wird der Status des Selbständigerwerbenden oder einer mit ähnlichen Verfüigungsmöglichkeiten ausgestatteten Angestelltenfunktion zunehmend attraktiver. War für die industrielle Produktion die Zusammenarbeit sehr vieler Menschen in grossen Fabrikanlagen mit teuren Maschinen nötig und ein Alleingang eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe mit wenig Kapital in der Regel nicht möglich, bietet die Dienstleistungswirtschaft hiefür bessere Voraussetzungen.

Und sie werden genutzt. In der langen Phase materieller Sättigung seit den fünfziger Jahren scheint der Begriff «Risiko» für eine wachsende Gruppe

seinen Schrecken etwas verloren zu haben: Wieder mehr als in den vorangehenden Jahren machen – gerade auch sehr junge – Leute sich selbstständig oder wählen Anstellungsverhältnisse auf Provisions- oder Gewinnbeteiligungsbasis.

«Unternehmerisches Denken» ist plötzlich auch ein Begriff für Menschen, die weit vom klassischen Unternehmerbild entfernt sind. Nicht immer geht es dabei ums Geldverdienen. Vielfach handelt es sich um Menschen, die Engagement, ja vielleicht sogar Begeisterung für ihre Arbeit aufbringen, aber dies in einer Art und für jene Ziele einsetzen möchten, wie sie es für richtig halten und nicht so, wie es eine ferne Konzernzentrale oder ein naher Vorgesetzter befiehlt. Gefragt sind Handlungsspielräume, nicht Positionen. Manche suchen diesen Spielraum ganz individualistisch nur für sich, andere wollen ihn in Verantwortung für die Umwelt wahrnehmen oder sogar für gemeinschaftliches Handeln mit Gleichgesinnten und Gleichgestellten nutzen (die Selbstverwaltungsbewegung der 70er Jahre war hier die «Avantgarde»). Gemeinsam ist ihnen das Gestaltenwollen und die Unlust, nur Ausführende zu sein. Wohl stellen die so Denkenden noch eine Minderheit dar; bei einer Mehrheit dürfte das Bedürfnis nach Sicherheit im eingangs geschilderten Sinn überwiegen und sie – da man ja angeblich nicht «den Fünfer und das Weggli» haben kann – bezüglich Mitgestaltungsmöglichkeiten zur Resignation veranlassen. Trotzdem sollte im Blick auf eine wachsende Verbreitung jenes selbstbewussten und initiativen Typs eine alte Forderung wieder vermehrt ins Blickfeld rücken: die Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Ich halte es für falsch, wegen des Scheiterns der Mit-

bestimmungsinitiative von 1976 und der seitherigen parlamentarischen Vorstösse die Idee als solche zu begraben. Scheiterte die Initiative damals – neben andern Ablehnungsgründen wie u.a. einem Misstrauen gegen die Gewerkschaften – wohl hauptsächlich am fehlenden Bedürfnis, sich um mehr als die eigene Werkbank und den eigenen Schreibtisch zu kümmern, so könnte sich genau dies in absehbarer Zeit ändern.

Den hochqualifizierten Arbeitskräften der «neuen Mittelschichten» wird es rasch verleidet, an irgendeinem Job ihre täglichen acht Stunden abzusitzen und ihre Selbstverwirklichung bloss anschliessend am Steuerrad, im Konsumrummel und in der Selbsterfahrungsgruppe auszuleben. Immer mehr werden sie eine ganzheitliche Tätigkeit und damit einen Handlungsspielraum in ihrer Arbeit suchen. Bei allem wirtschaftlichen Strukturwandel und noch so guter Konjunktur werden aber niemals alle, die

dieses Bedürfnis verspüren, ihr Heil als Selbständigerwerbende finden können und wollen, und deshalb wird der Ruf nach entsprechenden Veränderungen auch in Angestelltenpositionen lauter werden.

Dem kommt die gleichlaufende Entwicklung der Wirtschaft selbst entgegen. Immer mehr Firmen merken, dass sie die neuen Technologien nur mit hoch motivierten, selbständig denkenden und flexibel handelnden Arbeitskräften bewältigen können – und solche Menschen lassen sich das Denken nicht einfach an der Vorrätschreiber des Chefs abstellen. Sie wollen mitreden bei der Planung der Arbeit, bei der Festlegung der Ziele mindestens in ihrer Abteilung, in ihrem Betrieb, mit der Zeit aber wahrscheinlich auch auf der Unternehmensebene. Allerdings ist klar: Solche Menschen werden ihre Mitsprache- und Mitbestimmungsrechte nicht an einen Gewerkschaftsvertreter delegieren wollen.

Neue Mitbestimmungsmodelle müssten daher von den unmittelbaren Bedürfnissen des Einzelnen an seinem Arbeitsplatz ausgehen; sie müssten sich anfänglich auf die betriebliche Mitbestimmung konzentrieren und darauf vertrauen, dass die dort einbezogenen Mitarbeiter stark genug sein werden, später auch eine unternehmerische Mitbestimmung durchzusetzen, wenn sie deren Notwendigkeit erkennen, und schliesslich müssten sich die Gewerkschaften dabei auf die – sehr wichtige und durchaus einflussreiche – Aufgabe der Schulung, der Beratung und der Kontaktvermittlung und Koordination beschränken.

Also denn: Wo sind die politisch bewussten, wirtschaftlich kompetenten, von unternehmerischer Initiative beseelten und für die Emanzipation des *ganzen* Menschen engagierten Frauen und Männer, die hier ein neues Unternehmen starten?

Für einen herrschaftsfreien Diskurs

Sozialistische Politik ist Machtkritik

Von Gérard Wettstein

Im Alltag stellt der politisch interessierte Mensch oft die Frage: Worin unterscheiden sich eigentlich Sozialdemokratie und Bürgertum? Die Stimmhörerinnen und Stimmhörer haben zusehends Mühe, differenziert zu urteilen – was nicht überraschen dürfte: Seit 1959 herrscht die «Zauberformel», eine Art grosse Koalitionsregierung, allerdings mit einer typisch schweizerischen Eigenart: Dieser Regierungsblock verfügt über keinen verbindlichen Koalitionsvertrag. Der Bundesrat betreibt eine gehei-

me Kabinettpolitik: Die Öffentlichkeit erfährt nie, wer was gesagt und wer wie abgestimmt hat. Der Einheitstopf ist perfekt – und schwächt natürlich die Sozialdemokratie.

Will die sozialistische Bewegung jedoch wieder eine glaubwürdige Alternative sein, so muss sie die zentrale Frage in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit stellen: die Frage der Macht, der Machtentstehung, der Machtinhaber und: Wie kann Macht überwunden werden, was für Alternativen gibt es?

Der demokratische Sozialismus muss endlich Abschied nehmen vom jahrtausendalten Modell der Herrschaft und der Macht. Macht beruht auf einem hierarchischen Konzept. Dieses setzt voraus, dass einer mehr Einsicht in Richtiges hat als die andern. Folglich setzt es Unmündigkeit der Untergebenen voraus, es handelt sich um eine asymmetrische Beziehung Herrscher–Beherrschte. Dieser Konstellation begegnen wir überall: in der Schule, im Betrieb, in der Verwaltung usw. Sozialistische Politik ist Macht-